

Entmystifizierung des normativ überladenen Sujets. Das bündige Sachbuch dürfte vornehmlich als Einführung für Studenten, für Vorbereitungskurse (etwa am Zentrum für internationale Friedenseinsätze), für Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit und die politische Bildungsarbeit hilfreich sein.

Andreas Heinemann-Grüder

Comaroff, Jean und John L. Comaroff.
Der Süden als Vorreiter der Globalisierung. Neue postkoloniale Perspektiven.
Frankfurt a.M.. Campus 2012.
278 Seiten. 29,90 €.

Wie heutzutage zunehmend üblich, handelt es sich bei dem vorliegenden Band um eine gerahmte Ansammlung früher veröffentlichter Aufsätze. Das Buch ist gerade für Politikwissenschaftler_innen höchst relevant, allerdings nicht wegen seiner Kernthese, sondern wegen der kenntnisreichen Darstellung südafrikanischer politischer Systeme und Gesellschaftsbilder. Der Kernthese vorgelagert sind einige andere Thesen, die allerdings in postkolonial halbwegs gebildeten Kreisen kaum für einen erhöhten Pulsschlag sorgen: Die Autor_innen behaupten, dass „die Herausbildung der Moderne ein welthistorischer Prozess war“ (16) (und kein europäischer Alleingang), dass „die heutigen weltgeschichtlichen Prozesse die überkommene Geographie von Peripherie und Zentrum sprengen, indem sie einige der innovativsten und dynamischsten Formen der Wertschöpfung nach Süden [...] verlagern“ (ebd.) und dass „die Moderne im Süden nicht als bloßer Ableger oder Doppelgänger des euroamerikanischen ‚Original‘ zu begreifen ist“ (17). So weit, so zutreffend. Die Autor_innen begnügen sich

allerdings nicht mit der Absage an das modernisierungstheoretische Narrativ, sie gehen einen entscheidenden Schritt weiter: Es sei „der Süden [...], in dem die radikal neuen Assemblagen von Kapital und Arbeit Gestalt annehmen, der also die Zukunft des Nordens präfiguriert [...] Afrika, Südasien und Lateinamerika scheinen in vieler Hinsicht der euromodernen Welt ein Stück voraus zu sein, als Vorreiter ihrer entstehenden Geschichte“ (23f). Dies allerdings ist offensichtlich nichts anderes als die schlichte Umkehr jenes Narrativs.

Im einzelnen bezieht sich diese Kernthese – die im englischen Untertitel *How Euro-America is Evolving Toward Africa* deutlicher wird als in der deutschen Übersetzung – auf Auswirkungen einer neoliberalen Globalisierung, die im Süden bereits deutlich sichtbarer, im Norden aber erst im Entstehen begriffen seien. Gemeint sind unter anderem eine neoliberale Transformation von Staatlichkeit (38), eine dementsprechend stark begrenzte Version von Demokratie (48), eine Verrechtlichung von Politik beziehungsweise eine Hinwendung zum Recht als dem Ort politischen Streits (50), vor allem die Verdrängung von Politik auf der Grundlage unterschiedlicher Ideologien durch Politik auf der Grundlage politisierter Identitäten („ID-ologie“, 98) und nicht zuletzt die Herausbildung neuer Formen des politischen Handelns (59). Die in den einzelnen Kapiteln angeführten Belege sind durchaus interessant, aber bei weitem nicht systematisch und umfassend genug, um die These der afrozentrierten Teleologie überzeugend wirken lassen zu können. Weit interessanter sind jedoch die Erkenntnisse der hier versammelten anthropologischen Studien jenseits der Kernthese. Die Ausführungen der Au-

tor_innen zum fraktalen und kontextuellen Subjektbegriff der Tswana, zu den praktischen Problemen der Berücksichtigung traditionellen Rechts in der süd-afrikanischen Verfassung, zur Obsession mit „Fremdvegetation“ in der Presse nach der Feuerkatastrophe in Kapstadt 2000 (als Vorgeschichte der Pogrome von 2008), zur demokratisch motivierten Forderung nach einem Einparteiensstaat in Botswana und zum Verhältnis von Zombieglauben und neoliberalen Kapitalismus sind unbestreitbar faszinierend – auch wenn ihre Bezüge zur politischen Theorie von Carl Schmitt bis Giorgio Agamben nicht immer ganz passend erscheinen. Gerade das Kapitel zu Wahlen und Wahlbeteiligung in Botswana verdeutlicht, wie eine auf das westliche Modell fixierte Vorstellung von Demokratie Gruppen, deren Priorität auf substantieller statt auf prozeduraler Demokratie sowie auf output- statt auf input-Legitimation liegt, zu Unrecht als unpolitisch oder undemokratisch abqualifiziert.

Kritisch hinzuweisen ist auf den patriarchalen Arbeitsbegriff (auch wenn das Buch ansonsten keineswegs geschlechterblind ist) sowie die unterkomplexe Neoliberalismuskonzeption (dieser wird, wie so oft, bisweilen als etwas dargestellt, was quasi von außen über die Nationalstaaten gekommen ist (254)). Nichtsdestotrotz stellt die Lektüre des Buchs für Politikwissenschaftler_innen mit Sicherheit eine Bereicherung dar – gerade wenn sie sich noch nicht mit postkolonialen Perspektiven befassen haben.

Aram Ziai

EUROPÄISCHE INTEGRATION

Stützle, Ingo. *Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise*. Münster. Westfälisches Dampfboot 2013. 399 Seiten. 36,90 €.

Mit seiner auf eine Dissertation zurückgehenden Veröffentlichung zur Frage, wie es gelingen konnte, die Europäisierung des „finanzpolitische[n] Grundsatzes ausgeglichener Staatshaushalte als Leitbild“ (14) durchzusetzen, bewegt sich *Ingo Stützle* auf einem brandaktuellen Terrain, dessen Geschichte angesichts aktueller Krisenereignisse wohl noch länger nicht beendet sein wird. Er legt eine Art Ruhepunkt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung vor und bietet einen Überblick, von dem aus man weiter operieren kann. Austerität wird in einer historisch-politischen Perspektive betrachtet, die sich, wie bereits der Untertitel deutlich macht, nicht auf die Jahre der aktuellen Krisenkonstellation beschränkt. Insgesamt zeichnet sich das Buch durch einen gut zugänglichen Sprachduktus aus, stellt aber für LeserInnen, die bisher kaum oder auch keinen Kontakt zu wirtschaftstheoretischen Theorien und Begriffen haben, auf Grund seiner inneren Thematik und Begriffsarbeit durchaus eine Herausforderung dar. Die oberflächlich banal erscheinende, aber dennoch zentrale „Botschaft“ lautet, dass politikwissenschaftliche Analysen ohne ökonomische Grundlagen und entsprechend breites Wissen nicht dazu befähigt seien, politische Prozesse auf der europäischen Ebene in ihrer Komplexität zu verstehen und plausibel darzustellen. Die Etablierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) bedeutete in